

# Stenographisches Protokoll

## 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 17. Juni 1953

### Inhalt

#### 1. Nationalrat

- a) Mandatsniederlegung des Abg. Brunner (S. 284)
- b) Angelobung des Abg. Pötsch (S. 284)

#### 2. Personalien

- a) Entschuldigungen (S. 284)
- b) Urlaube (S. 284)

#### 3. Bundesregierung

- a) Schriftliche Anfragebeantwortungen 16 bis 28 (S. 285)
- b) Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab, betreffend die Betrauung des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunner mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für soziale Verwaltung Maisel (S. 285)

#### 4. Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 26 (S. 285)

#### 5. Regierungsvorlagen

- a) Hochschultaxengesetz (62 d. B.) (S. 285) — Unterrichtsausschuß (S. 286)
- b) Bericht an den Nationalrat, betreffend die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst in der in Brüssel am 26. Juni 1948 revidierten Fassung (63 d. B.) (S. 285) — Justizausschuß (S. 286)
- c) Urheberrechtsgesetznovelle 1953 (64 d. B.) (S. 285) — Justizausschuß (S. 286)
- d) Berggesetz (65 d. B.) (S. 285) — Handelsausschuß (S. 286)
- e) Vier Genfer Abkommen zum Schutz der Opfer des Krieges (66 d. B.) (S. 285) — Hauptausschuß (S. 286)
- f) Saatgutgesetznovelle 1953 (67 d. B.) (S. 285) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 286)
- g) Abänderung des 3. Schatzscheinggesetzes 1948 (68 d. B.) (S. 285) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- h) Abänderung des Bundesgesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (69 d. B.) (S. 285) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- i) Bundesgesetz über Feststellungsanträge in Rückstellungsangelegenheiten (70 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- j) Abänderung des Gehaltsüberleitungsgesetzes (71 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- k) 4. Novelle zum Kinderbeihilfengesetz (72 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- l) Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 34. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen Nr. 99 und 100 (73 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 286)
- m) Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 34. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Empfeh-

- lungen Nr. 89, 90, 91 und 92 (74 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 286)
- n) Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen (75 d. B.) — Handelsausschuß (S. 286)
- o) Abänderung des Bundesgesetzes über prozeß- und exekutionsrechtliche Sonderbestimmungen für schutzwürdige Unternehmungen (76 d. B.) — Handelsausschuß (S. 286)
- p) Bundesfinanzgesetz-Novelle 1953 (77 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)
- q) Abänderung und Ergänzung des Gehaltsüberleitungsgesetzes (78 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 286)

#### 6. Immunitätsangelegenheit

Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien gegen den Abg. Dr. Maleta — Immunitätsausschuß (S. 286)

#### 7. Verhandlung

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (58 d. B.): Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung (79 d. B.)  
Berichterstatte: Römer (S. 286)  
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 286)

#### Eingebracht wurden

##### Anträge der Abgeordneten

- Dr. Pfeifer, Hartleb, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch, Herzele u. G. auf Abänderung des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes 1949 (27/A)
- Dr. Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G. auf Neufassung und Ergänzung der Vorschriften über die Waisenpension (28/A)
- Dr. Pfeifer, Dr. Kopf, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch, Dr. Gredler u. G., betreffend die Aufhebung oder Abänderung rechtswidriger oder fehlerhafter Eintragungen in den Registrierungslisten (29/A)
- Dr. Kraus, Dr. Pfeifer u. G. auf Abänderung des Dritten Rückstellungsgesetzes (30/A)

##### Anfragen der Abgeordneten

- Dr. Tončić, Dr. Hofeneder u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Aufhebung der Verordnung über die Auskunftspflicht (41/J)
- Eibegger, Zechtl, Ferdinanda Flossmann, Dr. Zechner, Dr. Koref, Preußler, Draxler, Truppe, Proksch u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend Ausstellung von Reisepässen an belastete Personen im Sinne des Verbotsgesetzes 1947 (42/J)
- Fageth, Dr. Migsch, Maria Kren u. G. an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend gesetzwidrige Einhebung von Beiträgen durch die Handelskammern (43/J)
- Marianne Pollak, Appel, Kysela u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Schiebungen mit ungarischem Eigentum (44/J)

Proksch, Steiner, Holoubek u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Milchkaktion in den Betrieben (45/J)

Dr. Kraus, Dr. Pfeifer, Dr. Reimann u. G. an den Bundeskanzler, betreffend die Verhandlungen über das erblose jüdische Vermögen (46/J)

Dr. Kraus, Dr. Reimann, Kindl u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend Erhöhung der Unterkunftbeiträge volksdeutscher Lagerinsassen (47/J)

Dr. Pfeifer, Dr. Reimann, Dr. Gredler u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die Honorierung der sogenannten Gastärzte an den Universitätskliniken (48/J)

Dr. Gredler, Herzele, Kindl, Dr. Kraus u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Refundierung rechtswidrig eingehobener Arbeiterkammerumlagen an öffentlich-rechtliche Bedienstete, die in einem der im § 1 Abs. 1 lit. e des Arbeiterkammergesetzes bezeichneten Betriebe beschäftigt sind (49/J)

Dr. Gredler, Herzele, Hartleb, Stendebach u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Rückstellung des Druck- und Verlagsunternehmens „Vorwärts A. G.“ (50/J)

Dr. Pfeifer, Dr. Kraus, Dipl.-Ing. Doktor Scheuch, Dr. Gredler u. G. an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Inneres, betreffend die Ausstellung von Reisepässen an Belastete (51/J)

Dr. Kraus, Dr. Reimann u. G. an den Bundeskanzler, betreffend die Auszahlung der Entschädigungen für geleistete Arbeit österreichischer Kriegsgefangener (52/J)

### Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink u. G. (16/A. B. zu 21/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Wilhelmine Moik u. G. (17/A. B. zu 16/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (18/A. B. zu 26/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (19/A. B. zu 33/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Marchner u. G. (20/A. B. zu 35/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Machunze u. G. (21/A. B. zu 23/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abg. Widmayer u. G. (22/A. B. zu 30/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Grubhofer u. G. (23/A. B. zu 28/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Reich u. G. (24/A. B. zu 11/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Altenburger u. G. (25/A. B. zu 12/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (26/A. B. zu 32/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Neugebauer u. G. (27/A. B. zu 25/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Kysela u. G. (28/A. B. zu 31/J)

## Beginn der Sitzung: 16 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Hurdes.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die stenographischen Protokolle der 8. Sitzung vom 20. Mai, der 9. Sitzung vom 21. Mai und der 10. Sitzung vom 28. Mai 1953 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Abg. Grete Rehor, Dipl.-Ing. Rapatz, Dipl.-Ing. Strobl, Singer, Aigner, Hillegeist, Wilhelmine Moik, Dipl.-Ing. Waldbrunner und Frühwirth.

Dem Herrn Minister Maisel habe ich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zum Nationalrat einen Urlaub vom 13. bis 23. Juni d. J. erteilt, desgleichen dem Herrn Abg. Altenburger einen Urlaub vom 2. bis 28. Juni und dem Herrn Abg. Machunze einen solchen vom 7. bis zum 21. Juni.

Nationalrat Brunner wurde in der Steiermark zum Landesrat bestellt und hat sein Abgeordnetenmandat zurückgelegt. Sein Nachfolger im Nationalrat ist Herr Johann Pötsch. Dieser ist im Hause erschienen. Ich werde sofort seine Angelobung vornehmen.

Ich ersuche den Herrn Abg. Pötsch, nach der Verlesung der Gelöbnisformel durch den

Schriftführer die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abg. Mackowitz, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

*Schriftführer Mackowitz verliest die Angelobungsformel. — Abg. Pötsch leistet die Angelobung.*

**Präsident:** Nach Schluß der letzten Haus-sitzung ist es auf einem der Gänge des Hauses leider zu einem recht unliebsamen Zwischenfall gekommen. Ich will auf diesen nicht näher eingehen, aber ich mißbillige diesen Vorfall von dieser Stelle aus auf das schärfste, da er geeignet ist, das Ansehen des Hauses auf das schwerste zu beeinträchtigen. Die Geschäftsordnung räumt dem Präsidenten des Hauses derzeit leider keine weiteren Befugnisse ein, die es ihm ermöglichen würden, in solchen Fällen entsprechend einzuschreiten und derartige Zwischenfälle wirksam zu ahnden.

Ich richte an den Geschäftsordnungsausschuß den Appell, bei den in Aussicht genommenen Beratungen insbesondere auch eine Erweiterung der Ordnungsgewalt des Präsidenten in Erwägung zu ziehen und Bestimmungen in die Geschäftsordnung einzubauen, die die wirksame Ahndung solcher ungehöriger Zwischenfälle ermöglichen.

Den eingelangten Antrag 26/A der Abg. Dworak und Genossen, betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes über die Altersversorgungseinrichtung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, habe ich dem Handelsausschuß zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung nachstehender Anfragen wurde den Antragstellern übermittelt:

Anfrage Nr. 16 der Abg. Wilhelmine Moik und Genossen, betreffend die Arbeitslosenversicherung der weiblichen Hausgehilfen,

Anfrage Nr. 21 der Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink und Genossen, betreffend Abänderung der Kraftfahrverordnung,

Anfrage Nr. 26 der Abg. Dr. Stüber und Genossen, betreffend das Verhalten des Staatsanwaltes Dr. Wilhelm Butschek,

Anfrage Nr. 33 der Abg. Dr. Stüber und Genossen, betreffend die Zustände in den Volksdeutschen-Lagern,

Anfrage Nr. 35 der Abg. Marchner und Genossen, betreffend Flüssigmachung der für den Wohnhauswiederaufbau freigegebenen ERP-Mittel in der Höhe von 50 Millionen Schilling,

Anfrage Nr. 23 der Abg. Machunze und Genossen, betreffend die Einbeziehung der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen in die Kriegsopferversorgung,

Anfrage Nr. 28 der Abg. Grubhofer und Genossen, betreffend die Kontrolle des Personenverkehrs innerhalb Österreichs,

Anfrage Nr. 30 der Abg. Widmayer und Genossen, betreffend Hilfeleistung für die durch schwere Frostschäden arg betroffenen Weinbauern,

Anfrage Nr. 12 der Abg. Altenburger und Genossen, betreffend die Einführung vorbeugender sozialpolitischer Maßnahmen für die schulentlassene Jugend,

Anfrage Nr. 11 der Abg. Reich und Genossen, betreffend die Einberufung des beim Bundesministerium für soziale Verwaltung bestehenden Zentralschusses für Jugendarbeitslosigkeit,

Anfrage Nr. 32 der Abg. Dr. Stüber und Genossen, betreffend den Posttarif im Verkehr mit den Nachbarstaaten Österreichs,

Anfrage Nr. 25 der Abg. Dr. Neugebauer und Genossen, betreffend Übergriffe der sowjetischen Mineralölverwaltung in Ziersdorf,

Anfrage Nr. 31 der Abg. Kysela und Genossen, betreffend Kraftfahrzeugsteuer für alte Motorräder.

Ich komme nunmehr zur Verlesung des Einlaufes.

Eingelangt ist ein Schreiben des Herrn Bundeskanzlers. Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abg. Mackowitz, um Verlesung des Schreibens.

Schriftführer **Mackowitz**:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 10. Juni 1953, Zl. 9176-Pr.K., über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für soziale Verwaltung Karl Maisel den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner mit der Vertretung des genannten Bundesministers betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme die Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

**Präsident:** Dieses Schreiben dient zur Kenntnis.

Ich bitte den Schriftführer, mit der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer **Mackowitz:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt: Bundesgesetz über die an den wissenschaftlichen Hochschulen zu entrichtenden Taxen (Hochschultaxengesetz) (62 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst in der in Brüssel am 26. Juni 1948 revidierten Fassung (63 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Urheberrechtsgesetz geändert wird (Urheberrechtsgesetz-novelle 1953) (64 d. B.);

Bundesgesetz über das Bergwesen (Berggesetz) (65 d. B.);

Vier Genfer Abkommen zum Schutz der Opfer des Krieges, und zwar:

Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde vom 12. August 1949,

Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See vom 12. August 1949,

Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 12. August 1949,

Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 (66 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Saatgutgesetz 1937 abgeändert und ergänzt wird (Saatgutgesetz-novelle 1953) (67 d. B.);

Bundesgesetz, womit das 3. Schatzscheinggesetz 1948, BGBl. Nr. 159/1948, abgeändert wird (68 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Bundesgesetzes vom 18. Mai 1949, BGBl. Nr. 124, womit das Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunter-

nehmungen und Bausparkassen abgeändert wird (69 d. B.);

Bundesgesetz über Feststellungsanträge in Rückstellungsangelegenheiten (70 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Gehaltsüberleitungsgesetz abgeändert wird (71 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes (4. Novelle zum Kinderbeihilfengesetz) (72 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 34. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Übereinkommen (Nr. 99) über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft und (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (73 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 34. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Empfehlungen: Nr. 89, betreffend die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft, Nr. 90, betreffend die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, Nr. 91, betreffend die Gesamtarbeitsverträge, und Nr. 92, betreffend das freiwillige Einigungs- und Schiedsverfahren (74 d. B.);

Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen (75 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 24. Juli 1946, BGBl. Nr. 161, über prozeß- und exekutionsrechtliche Sonderbestimmungen für schutzwürdige Unternehmungen abgeändert wird (76 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1953 abgeändert wird (Bundesfinanzgesetz-Novelle 1953) (77 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Gehaltsüberleitungsgesetz abgeändert und ergänzt wird (78 d. B.).

Vom Strafbezirksgericht Wien ist ein Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Doktor Alfred Maleta wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, § 487 StG., eingelangt.

*Es werden zugewiesen:*

62 dem Unterrichtsausschuß;

63 und 64 dem Justizausschuß;

65, 75 und 76 dem Handelsausschuß;

66 dem Hauptausschuß;

67 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;

73 und 74 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

68, 69, 70, 71, 72, 77 und 78 dem Finanz- und Budgetausschuß;

das Auslieferungsbegehren dem Immunitätsausschuß.

**Präsident:** Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und kommen zum Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (58 d. B.): Bundesgesetz, womit die Geltungsdauer des Bundesgesetzes vom 25. Juli 1946, BGBl. Nr. 154, über die **Aufnahme von Anleihen in fremder Währung verlängert** wird (79 d. B.).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Römer. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Römer:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 16. Juni 1953 mit der Regierungsvorlage 58 der Beilagen befaßt. Wie aus der Vorlage zu ersehen ist, wurde dieses Gesetz zuletzt im Jahre 1951 verlängert und würde am 30. Juni 1954 ablaufen.

Im wesentlichen wäre zu sagen, daß dieses Gesetz die Regierung ermächtigt, Kredite bis zum Höchstausmaß von 200 Millionen Dollar dadurch zu unterstützen, daß sie die Ausfallshaftung übernimmt. Diese Haftung beziehungsweise Bürgschaft ist deshalb im Staatsinteresse gelegen, weil zurzeit gerade das Textilgeschäft mit England eine derartige Unterstützung erforderlich macht.

Die Verlängerung würde bis 31. Dezember 1955 notwendig sein.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 16. Juni 1953 in Verhandlung gezogen und unverändert angenommen. Auf Grund seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf 58 der Beilagen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich beantrage, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

**Präsident:** Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich kann daher gleich die Abstimmung über den Gesetzentwurf vornehmen.

*Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung mit Mehrheit zum Beschluß erhoben.*

**Präsident:** Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Die nächste Sitzung findet morgen, 9 Uhr vormittag, statt.

Auf der Tagesordnung steht ein Bericht der Bundesregierung mit anschließender Debatte.

Die für morgen, 10 Uhr, angesetzte Sitzung des Hauptausschusses findet erst nach Schluß der Haussitzung im Lokal V statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 25 Minuten**

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 6811 53